

nung enthielt die Platte des nachfolgenden Korps, das sich in folgedessen in äußerst bedrängter Lage befand. Nur einzelne Abteilungen von ihr konnten entkommen. Die anderen Korps der 10. Armee, die den Feind ununterbrochen mit Lebhaftigkeit bekämpften, wurden langsam in den ihnen befohlenen Richtungen zurückgenommen. Dabei ergriffen sie selbst die Offensive, drängten den Feind kräftig zurück und brachten ihm furchtbare Verluste bei, wobei sie unglaubliche Schwierigkeiten überwandten, die durch den tiefen, alles einhüllenden Schnee entstanden. Die Straßen waren ungangbar, Automobile konnten nicht vorwärts kommen. Der Feind hatte Verspätung und konnte oft seinen Bestimmungsort nicht erreichen. Schritt für Schritt langsam zurückweichend hielten die letzten unserer Korps, die den linken Flügel der 10. Armee bildeten, den Feind durch neun Tage auf einer Strecke zurück, die man gewöhnlich in vier Tagen durchmüßt. Diese Korps wurden am 19. Februar über Augustow zurückgenommen, aus der Kampflinie gebracht und bezogen die ihnen anbefohlenen Plätze. Gegenwärtig entwickeln sich die Aktionen an der deutschen Front in der Gegend von Ostrowiec, auf den Straßen nach Lomza und nach Edoebno, nördlich Radzisz, und auf halbem Wege von Monst nach Gönst. Stellenweise sind diese Kämpfe sehr hartnäckig. Rechts von der Weichsel auf der Straße von Monst wurden österreichische Abteilungen zwischen den deutschen Truppen entdeckt. In den letzten zwei Tagen machten wir ungefähr 1000 Deutsche zu Gefangenen. In Galizien ging der Feind am 19. und am 20. Februar nach einem vorbereitenden Artilleriefeuer, das äußerst heftig war, im Norden von Jallizyn zur Offensive über, wurde jedoch nach einem dreimaligen wiederholten Angriff zurückgeschlagen. Die Kämpfe zwischen Meziborcz und dem unteren San dauern unter fortwährendem Wechsel von Angriff und Abwehr fort. Neue Angriffe der Deutschen gegen die Höhen von Rozjowla und in der Gegend von Neuroganka wurden alle zurückgeschlagen. Unsere Truppen bemächtigten sich nach erbitterten Kämpfen der Höhen südöstlich von Dulla und nordwestlich Senecchow. In Südgalizien besetzte der Feind Stanislaw.

Nichts für die Juden.

Petersburg, 22. Febr. (B. V. Nichtamtlich.) In der Konferenz, die vor der Eröffnung der Duma zwischen der Regierung und den Abgeordneten abgehalten wurde, erklärte der Minister des Innern laut der Zeitschrift „Nowi-Woschod“ bezüglich der Judenfrage, daß die Regierung unter den obwaltenden Verhältnissen zur Besserung der Lage der Juden nichts tun könne.

„Allerdings Siege . . .“

Kopenhagen, 22. Febr. (B. V. Nichtamtlich.) Es liegt jetzt im Original die Rede des Führers der rechten Parteien, Markow II, in der russischen Reichsduma vor. Markow sagte: Unserer Armee darf nicht zum Vortritt gemacht werden, daß sie nicht glänzende Siege erringt. (Hier wurde Markow unterbrochen. Starke Ausrufe: „Wieso erringt sie keine Siege?“) Stört mich nicht, sonst ist das eine Propagation, erwiderte Markow. Unserer Armee darf nicht zum Vortritt gemacht werden, daß sie keine glänzenden Siege erringt und daß wir uns nicht so rasch auf Berlin bewegen, wie dies von jedem oberflächlichen russischen Herzen gewünscht wird. Wir erringen allerdings Siege, aber keine entscheidenden. Der Redner fährt fort, indem er nachweisen sucht, daß die Schuld an dem Verlegen des Meeres die Spionagetätigkeit der deutschen Kollaboranten in Rußland treffe, die auf jeden Fall ihrer Mitter verlustig gehen müßten, die ihnen durch die Schwachheit früherer russischer Herrscher übergeben worden seien.

Russischer Dalles.

Petersburg, 22. Febr. (B. V. Nichtamtlich.) Der Direktor der Russischen Reichsbank, Westfal, erklärte einem Mitarbeiter der „Birschewija Wjednostki“, daß das Darlehen der Bank von Frankreich an die russische Staatsbank in Wirklichkeit eine Rekapitalisation sei, da die dargelegene Summe (fünfhundert Millionen Franken) in einer gewissen Zeit wieder zurückerstattet werden müsse. Mit dem Darlehen werden die großen Schuldverpflichtungen der russischen Banken, Pensionen, Obligationen und Transaktionen auf dem französischen Markt getilgt werden müssen. Es sei aber zu erwarten, daß die Gesamtsumme der Schuldverpflichtungen bei weitem die Summe von 500 Millionen Franken übersteige, so daß nur eine prozentuale Repartition des Darlehens auf die einzelnen Banken möglich sein werde.

Kleines Genilleton.

„Ein Wort werde ich nicht wieder los.“

(Aus der „Niederrhein. Arbeiter-Ztg.“)

Kalksteinhölle, bei 10. 1. 15.

Mein lieber, alter Freund!

Dank für alle Postsendungen! Also am 23. 12. wurden wir in endlich abgelöst, nachdem wir 9 Wochen 2 Tage ohne Ablösung denselben Graben gehalten hatten. Wie sehr uns die Bitterung misfiel, habe ich Dir mitgeteilt. Unsere Gelöser waren die Kameraden vom Reserve-regiment . . . Die gegenseitige Begrüßung besteht in dem schönen Wortspiel: „Summel, Summel! — M! — M!“ Hier und da rufen sich gute Bekannte an; aber wir waren so verängstigt, daß wir den Laufgraben verschmähten und spornstreichs über die Deckung liefen, bloß um möglichst schnell aus dem Lehnstuhl fortzukommen. Das Evangelium lautete: „Ruhe sollt ihr haben; darum kommt ihr in Reserve hinter der Front.“ Wir marschierten 33 Kilometer und langten abends in . . . an, wo wir einsteilen bleiben sollten. — Am 24. 12. soweit es den Umständen nach möglich war, frohe Weihnachtsfeier. Für den ersten Weihnachtstag war nur Genshappell angefaßt, für den zweiten Feiertag dagegen Gottesdienst. Da unser Divisionspfarrer, ein junger Geistlicher von der Michaelskirche, die Predigt halten wollte, wäre jeder gern erschienen; denn er weiß wirklich das richtige Wort zu finden, auch für Altkisten. Der Geistliche gratulierte uns mit freudlichem Wort zu unserer vorzüglichen Stellung. Da setzte ein furchtbarer Kanonendonner ein. Wir, sofort alarmiert, gingen im Eilmarsch zur Verstärkung nach der gefährdeten Stelle bei Am 21., 23. und 25. 12. machten die Franzosen hier ernste Durchbruchversuche, die sämtlich von den . . . Grenadiere abge schlagen wurden. Am 25. 12. nahmen die Franzosen einen Graben unter Granatfeuer, so daß die braven Kameraden ihn räumen mußten, um große Verluste zu vermeiden. Als die Artillerie plötzlich schwieg, führten die Franzosen den leeren Graben. Gegen Mittag wurde derselbe durch Sturmangriff zurückerobert. Ein starker Parallelgraben war dicht vor der alten Stellung gezogen worden. In dem „eroberten“ Graben hatten die Feinde

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 22. Febr. Amtlich wird verlautbart: An der Front in Rußisch-Polen und Westgalizien Artilleriekämpfe und Geplänkel. Vereinzelt Vorstöße des Feindes wurden mühselos abgewiesen.

In den Karpathen zahlreiche russische Angriffe, die im westlichen Abschnitt auch während der Nacht andauerten. Alle diese Versuche, bis zu unseren Hindernisslinien vorzugehen, scheiterten unter großen Verlusten für den Feind.

Südlich des Dnjeper entwickelten sich Kämpfe im größeren Umfang. Eine starke Gruppe des Feindes wurde gestern nach längerem Kampfe abgewiesen. 2000 Gefangene wurden gemacht, vier Geschütze und viel Kriegsmaterial erbeutet.

Die in einem offiziellen russischen Communiqué als falsch bezeichnete Summe von 29000 Mann Kriegsgefangenen, die unsere Truppen bis vor einigen Tagen in den Karpathen seit Ende Januar eingebracht haben, hat sich mittlerweile vergrößert und ist auf 64 Offiziere, 10 806 Mann gestiegen. Hinzu kommen 34 Maschinengewehre und 9 Geschütze.

b. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:

Von der Westfront.

Die „Amsterdamer „Trib“ meldet aus Dünkirchen: Die schwersten deutschen Angriffe haben sich in den letzten Tagen nicht mehr wiederholt. Die verbündeten Truppen mühten sich, westlich von Lens, räumen. Hartnäckige Gefechte finden noch statt an der Nier und der Sys, namentlich bei Barneeton. Nach Londoner Meldungen sind an die Front 10000 Mann neue belgische Truppen, die 100 weitere Londoner Automobile zum Transport erhielten, geschickt worden.

Danach scheint in Verbindung mit dem deutschen Untersee-Krieg gegen England der Landkampf im flandrischen Küstengebiet konsequent und beharrlich fortgesetzt werden zu sollen.

Die französische Taktik.

Der sachkundige militärische Mitarbeiter der „Basler Nachrichten“ schreibt zur Lage n. a.: Bei den französischen Vorstößen an der Westfront ist es auffällig, daß an so vielen Stellen gekämpft wird, aber nirgends eine wesentliche Überlegenheit zu Tage tritt, welche allein zum Siege führen kann. Da nicht anzunehmen ist, daß die französische Heeresleitung gegen die Grundregeln der Kriegskunst handelt, liegt die Vermutung nahe, daß es ihr an Mitteln fehlt, um an einer Stelle so viele Kräfte zu vereinigen, daß die feindlichen Linien durchbrochen werden können. Es sind jüngst viele Nachrichten über französische und englische Truppenansammlungen herumgekommen worden, die aber alle sehr wenig Glauben verdienen. Noch weniger glaublich ist das abgemessene Risiko der Vorbereitung der Unterfunkt für die demnächst eintreffenden Truppen. Ein General, der so etwas bekannt werden ließe, wäre mehr als naiv. In einem solchen Falle müßten die zum Vorstoß bestimmten Truppen plötzlich eintreffen und sofort angreifen, damit der Gegner keine Zeit für Gegenmaßregeln hat. So wurde es jetzt in Ostpreußen in mehrfacher Weise gemacht.

Die englischen Nachschube.

Eine lebhaftere Angriffsbewegung der vereinigten Franzosen und Engländer sei, wie der „Daily Chronicle“ aus Paris meldet, in den jüngsten Tagen an der südlichen Westfront festzustellen gewesen, und zwar sei die lebhafteste Gefechtsbetätigung darauf zurückzuführen, daß in der ersten Februarhälfte weitere Zufuhren englischer Truppen erfolgten, welche die bereits im Januar angelangten englischen Streitkräfte so sehr verstärkten, daß die englischen Truppen jetzt über drei Viertel der gesamten französischen Front, aufeinander bereits über Reims hinaus, verteilt sind. Dieses Verfahren werde weiter beobachtet werden, zumal die Franzosen in den Argonnen dringend Verstärkungen nötig hätten und die Bedrohung Verduns zunehmend gefährlicher werde.

natürlich schlechte Schießgelegenheit, da die Rückendeckung keine Aufstände und Schießarten hat. Die Grenadiere mit Bajonett verrieten eine blutige Arbeit. Nur 8 Mann der Franzosen entkamen; alle anderen tot oder gefangen. Am Abend des 23. 12. kamen wir zur Ablösung der ermüdeten Grenadiere in den blutigen Graben. Herr Gott, welcher Anblick! Der Graben zerföhren, überall stolperte man über Leichen. Als jede Gruppe ihren Stand innehatte, kam der Befehl: Tornister ablegen und die Leichen (tote Feinde) hinter die hintere Deckung legen! Eine harte Arbeit, da die Deckung 2½ Meter hoch ist und völlige Finsternis herrschte; dazu lagte ein Hagel von Geschossen über den Graben hinweg, da die Feinde sicher einen Gegenangriff erwarteten. So nahmen wir unsere Postenstellung ein. Im Unterstand vor mir rückte ein schwerverwundeter Franzose — Kopfkuß. Neuer Befehl: „Die erste und fünfte (meine) Gruppe stellen Gorgoposten! Dieser wird etwa 50 Meter vorgehoben, um in der Dunkelheit eine Ueberumpelung zu verhindern. Mit einem tapferen Kameraden stieg ich als erster über die Brustwehr, um den heißen Posten, der nur 100 Meter von dem feindlichen Graben liegt, zu besetzen. In einem Loch, von dem Einschlag einer Granate herüber, kauerten wir nieder, um uns vor den Russen zu schützen. Einige Meter von uns schnarcht und ächzt es; auch schwer verwundete Franzosen. Wioniere hielten vorüber, um zerissene Drahtverkänge zu reparieren. Eine französische Patrouille kommt. Wir vom Gorgoposten schießen nicht, um nicht unsere Stellung zu verraten. Sie beugen sich über ihre verwundeten Kameraden, gehen weiter. Nach vier Stunden werden wir abgelöst und kommen heil zurück. Der Morgen graut. Entsetzlicher Anblick! Ein Schlachtfeld im Schlangengraben! Ein Wort werde ich nun nicht wieder los. Samus hat's zuerst g'braucht: „Me n'schisch lacht-ha u s“. Alles mit Blut beprägt, zerbrochene Gewehre, bunte Bajonette, Ausdrückungsgegenstände aller Art.

Nach Tage und acht Nächte ohne Ablösung und ohne genügende Unterfunkt, also fast ohne Schlaf hat meine Kompanie den Graben gehalten, dann erst konnten wir zur Erholung in eine Kalksteinhölle, die mehreren Regimentern Unterfunkt gewährt. Dann haben wir alle drei Tage eine sogenannte gewöhnliche Stellung besetzt, die freilich nur 10 Meter von feindlichen Graben entfernt ist. Da gibt es

Keine Ausländer mehr in der Fremdenlegation?

Senator Berenger brachte im französischen Senat einen Antrag ein, wonach die Einreihung von Angehörigen feindlicher Staaten in das französische Meer als Fremdenlegationsangelegenheit sei und alle seit dem 1. August 1914 erfolgten Änderungen für die Fremdenlegation aufgehoben werden sollen.

Die Wiederbelebung der belgischen Post.

Die Durchführung eines geordneten Postdienstes in Belgien stieß deshalb auf große Schwierigkeiten, weil das belgische Postpersonal teils geflüchtet war, teils den Dienst verweigerte. Die Regierung hatte nicht zuletzt ihren Grund darin, daß es das belgische Ministerium den Beamten verbot, in die Dienste des Feindes zu treten. Den größten Schaden davon hatte natürlich das belgische Wirtschaftsleben. Diese Erkenntnis scheint nunmehr auch dem belgischen Generalpostdirektor in Havre gekommen zu sein, denn er hat jetzt folgende Anordnung erlassen:

In der letzten Zeit sind mir zahlreiche Bitten von Bewohnern der belgischen Gegend des Landes vorgekommen, daß sich das belgische Postpersonal durch Wiederaufnahme der Arbeit seinen Mitbürgern nützlich erweisen möchte, sofern es von der deutschen Regierung dazu aufgefordert und ermächtigt wird. Mit Rücksicht darauf, daß schon gewisse öffentliche Dienstleistungen (Finanzen, Gerichte, Schulen, Polizei) in Tätigkeit sind, kann ich versichern, daß von heute ab niemand entlassen oder bestraft wird, wenn er der deutschen Aufforderung Folge leistet. Das Personal wird in den Genuss seiner früheren Bezahlung treten.

Das ist eine außerordentlich vernünftige Entscheidung, die viel zur kulturellen Wiederbelebung des belgischen Landes beitragen wird und künftigen politischen Entscheidungen in feiner Weise vorgeht.

Nahrungsmittel für die notleidenden Belgier.

Nach einem Bericht der amerikanisch-spanischen Hilfskommission für Belgien wurden seit Beginn des Krieges bis zum 3. Februar 150 000 Tonnen Lebensmittel aus Rotterdam nach Belgien gebracht. Bis zum 7. Mai d. J. sollen weitere 55 Schiffsladungen Lebensmittel für die Belgier importiert werden. Der belgische Eisenbahnminister in Le Havre hat bekanntgegeben, daß die Gehälter und Pensionen der belgischen Beamten für Dezember nur zu zwei Drittel ausbezahlt wurden.

Die Umzingelung Englands.

Das Kopenhagener Blatt „Politiken“ schreibt: Heute ist hier der erste Dampfer seit der Blockade aus England eingetroffen. Er fuhr am 18. Februar aus Goole ab und fuhr Englands Küste entlang. Der Kapitän erklärt, die englische Flagge sei von der Nordsee verschwinden. Er habe auf der ganzen Fahrt von der englischen Küste bis zu den Färöer Inseln kein einziges Schiff mit der englischen Flagge gesehen, sondern nur Rauffahrtsschiffe mit neutraler Flagge.

Aus dem Haag wird gemeldet, daß die englische Post in Holland jetzt mit 50 bis 72 Stunden Verspätung eintreffe (auch die tägliche Verbindung zwischen Paris und London soll unterbrochen sein. Red.). Im holländischen Handelsverkehr sind deshalb Verspätungen eiliger englischer Waren an der Tagesordnung, so daß in den letzten Tagen eine Anzahl Bestellungen nach Deutschland gegeben wurden. Die englische Rohlenzufuhr nach Holland ist völlig eingestellt worden. Auch auf holländischen Schiffen kam es gestern zu einer Anzahl von Arbeitseinstellungen, da die Seeleute Lohnerhöhungen und Prämien für die Fahrt nach England verlangten.

Versenkte englische Dampfer.

Ueber Kopenhagen und Buenos-Aires wird gleichzeitig gedruckt, daß ein deutscher Hilfskreuzer (die Angaben schwanken zwischen der „Korsruhe“ und dem „Aron-pring Wilhelm“) fünf englische Dampfer versenkt habe. Der deutsche Dampfer „Solger“ habe die Passagiere nach Buenos-Aires gebracht und sei dort festgehalten worden, weil er die Abfänge Aufenthaltsschrift überdrückt. Ferner sei am 21. d. M. abends 6 Uhr das kleine englische Kohlen-schiff „Domeshire“ in der irischen See durch ein deutsches

natürlich reichlich Verluste. Am ersten Tage hatten wir 6 Tote und 5 Verletzte als Wirkung der feindlichen Granaten. Entsetzlich müssen aber die feindlichen Verluste sein, da der französische Graben durch unsere 21-Zentimeter-Mörser beschossen wird. Gleich die erste Salve donnerte gerade hinein. Ein furchtbarer Aufschrei erfolgte, Unterstände, menschliche Körper teile usw. flogen in der Luft umher. Die entsetzten Franzosen liefen wie gehehres Wild hinten und vorn über ihre Deckung, um sicher von unseren Maschinengewehren niedergemacht zu werden.

Genug für heute. Daß mir einsteilen der Humor ver-siegt ist, wird Du verstehen.

Herzlichen Gruß Dir und den Deinen von Deinem A. L.

Frankfurter Theater.

Opernhaus. Aus Anlaß des Todestages Richard Wagners (13. Februar) feierte die Intendanz den großen Meister mit der Aufführung seines „Ring des Nibelungen“, der in den letzten Wochen mit den üblichen Zwischenpausen unter der musikalischen Leitung des Herrn Dr. Kottenberg gegeben wurde, bis auf den letzten Abend ausschließlich mit untern Kräften. An erster Stelle verdient Herr Fanger genannt zu werden, der den „Siegfried“, und an den beiden letzten Abenden den „Siegfried“ sang. Sein Spiel ist zwar noch nicht abgerundet, doch merkt man an dem jungen Künstler, wie ernst er seine Studien nimmt. Besonders gestern abend in der „Götterdämmerung“ war er im 3. Akt auf seiner ganzen Höhe; die Erzählung „aus den jungen Jahren“ gelang ihm vortrefflich. — In der „Walküre“ überbot sich Frau Clairmont als Brunnhilde; in ganz eigenartiger Auffassung, mit großer Geste führte sie ihre Rolle prächtig durch. Von den großen Rollen seien noch aus der „Walküre“ lobend hervorgehoben Herr Uhr als „Sieglinde“, die Herren Föck „Sundring“ und vom Scheidt „Wotan“, aus dem „Siegfried“ unser prächtiger Mime, Herr Schramm. Auch die kleineren Rollen waren mit den ersten Kräften besetzt, die ja Wagner auch ausdrücklich fordert.

Gestern abend kam Frau Marie Dopler vom Stadttheater in Dortmund in der „Götterdämmerung“ als Brunnhilde unserem Personal zu Hilfe, als einziger Gast während der ganzen Ring-Aufführung. Frau Dopler ist

Unterseeboot versenkt. Der amerikanische Konsul in Rotterdam bestätigte ferner dem auswärtigen Amt in Washington den Untergang des Dampfers „Evelyn“. Staatssekretär Bryan ersuchte den Vizekonsul in Rotterdam um Einzelheiten. Immer werden den Mannschaften die nötigen Minuten zum Verlassen der gesunkenen Schiffe gelassen. Auch der angekündigte norwegische Petroleumdampfer „Belridge“, der im Kanal sank, soll englisches Meeresvermögen sein.

Skandinavische Vorsichtsmaßnahmen.

Ergebnis der nordischen Minenkonferenz soll sein, daß die drei Länder einen bestimmten Teil der in Frage kommenden Gewässer als Sperrgebiete erklären lassen. Dieser Sperrdienst beginnt bereits in den nächsten Tagen.

Amerika gegen den Flaggenbetrug.

In unterrichteten New Yorker Kreisen wird behauptet, der Senat, einige amerikanische Unterseeboote in die als Kriegsgebiet erklärte englischen Gewässer zu entsenden, habe unter den Mitgliedern des Kabinetts verschiedene Freunde. Den Unterseebooten obliege die Aufgabe, die Schiffe der unter amerikanischer Flagge fahrenden Schiffe nachzuprüfen und im Falle der Täuschung den betreffenden Dampfer zum Streichen der amerikanischen Flagge zu zwingen.

Zum Mordanschlag auf Sir Roger Casement.

Stockholm, 23. Febr. (D. D. B.). Die Blätter melden aus Kristiania: Die norwegische Regierung hat die Verweigerung der von Sir Roger Casement erhaltenen Anzeige wegen Mordversuchs der englischen Regierung zur Kenntnisnahme überreichen lassen. Der norwegischen Presse wurden alle Veröffentlichungen über die Vorgänge durch die Zensur untersagt. Der englische Gesandte in Oslo wird den Blättern zufolge am 1. März einen Urlaub antreten.

Zu den Beschlüssen der Londoner Sozialistenzusammenkunft.

Die „Volksstimme“ hat bereits am vorigen Mittwoch Stellung zu den Beschlüssen der Londoner Sozialisten-Zusammenkunft genommen. Sie hat mit Recht den ersten der Beschlüsse als „das Hauptstück“ bezeichnet, da darin der entscheidende Satz enthalten ist:

„Bemerkung: man sei entschlossen, weiter zu kämpfen, bis der Sieg gewonnen ist, so sind die Sozialisten nicht weniger fest entschlossen, jeden Versuch zu bekämpfen, aus diesem Krieg einen Eroberungskrieg zu machen. Der Sieg der verbündeten Mächte muß ein Sieg der Volksfreiheit, Einheit und Unabhängigkeit der Nationen sein in friedlichem Verband der vereinigten Staaten Europas und der Welt.“

Inzwischen hat namentlich das Verhalten der Kriegsheer in Frankreich gezeigt, welche große Bedeutung diese deutsche und englische Erklärung gegen die Eroberungspläne unserer Gegner hat. Der „Volksstimme“ jedoch genügte die Erklärung nicht. Sie faßte ihr Urteil über die Beschlüsse dahin zusammen:

Die Londoner Zusammenkunft hat eine Bruderhand ausstreckt, aber mit der Bedingung: die Hand bleibt Faust, bis Deutschlands Regierungen gestürzt sind. Laßt die Bedingungen fallen, laßt uns selber noch den Frieden für unsere Hauslichkeit sorgen! lautet unsere Antwort.

Um die Londoner Beschlüsse gerecht zu beurteilen, müssen wir im Auge behalten, von welcher Voraussetzung aus wir den von uns zu erstrebenden Frieden beschreiben. So sehr wir den Frieden herbeisehnen, niemals denken wir daran, bedingungslos die Waffen niederzulegen, so daß die Gegner mit uns machen könnten, was sie wollen. Nein; nachdem es leider zu dem Kriege gekommen ist, können wir auf den von uns als Sozialdemokraten zu erstrebenden Frieden nur dann rechnen, wenn wir mit allen Kräften die Grenzen

von Gestalt, in Spiel und Haltung, begabt mit einer volltönenden, sehr unlangweiligen, gut durchgebildeten Stimme, die große Heroine, die Wagner zur vollen Geltung bringt. Selten sah man eine so große leidenschaftliche Brunnensäule, vor allem in der Begegnung mit Siegfried in Gunthers Halle, in dem Trio mit Hagen und Gunther und zuletzt an der Leiche Siegfrieds: eine vollendete Künstlerin. — Ganz prächtig waren auch gestern Abend Frau Gentrup-Fischer als „Gutrune“ und Herr Brinkmann als „Guntther“, sowie der grimmige „Hagen“ des Herrn Böhm. — Mit einigen kleinen Störungen in der Inszenierung wollen wir nicht rechnen, aber eins möchten wir doch legen: die geistige Beleuchtung der Romanfiguren sollte besser unterbleiben, diese Effekthaserei wirkt nur störend. — Alles in allem muß man aber die vorzügliche Aufführung anerkennen. Das Haus war an allen vier Abenden gut belegt und zollte den Künstlern wohlverdienten Beifall. Hoffentlich bekommen wir den Ring in nicht allzuferner Zeit und in gleich guter Besetzung wieder zu hören. h-h

Bücher und Schriften.

„Annalen der sozialen Politik und Gesetzgebung.“ Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun. (Verlagsbuchhandlung von Julius Springer, Berlin W. 9, Unter den Eichen 23/24.) Preis für den Band (6 Hefte) 18 Mark; einzelne Hefte 3.00 Mark. Unter den Beiträgen zu diesem Heft sei zunächst hingewiesen auf die Einführung von Prof. Dr. Otto Landsberg über die Ergebnisse der deutschen Berufszählungen in ihrer Bedeutung für die Sozialpolitik. Landsberg weist nach, wie die soziale Gesetzgebung zusammen mit unseren sozialpolitischen Organisationen und Einrichtungen nicht nur die physische, sondern auch die wirtschaftliche Wohlfahrt Deutschlands gefördert hat. Indem er das in eindringlicher Weise im einzelnen ausführt, kommt er zu dem Schluss, daß, wenn ein glücklicher Friede die Wunden des Krieges allmählich vernarben lassen wird, in dem Aufbau des neuen Reiches die Sozialpolitik Aufgaben den Völkern bilden müsse, der dem Ganzen ein die rechte Widerstandskraft verleiht. In einem Aufsatz: „Der Krieg und das sozialistische Werden“ bespricht der Reichstagsabgeordnete Edmund Häder die merkwürdige Erscheinung, daß der Krieg dazu genötigt hat, eine Reihe sozialistischer Gedanken in die Tat umzusetzen, und es zeigt, in welchem Maße die bisherige gesellschaftliche Entwicklung die Vorbedingungen dazu bereits in sich trug. Als besonders beachtenswert sei auch den übrigen Beiträgen des Heftes die Abhandlung des Gewerkschaftsführers August Winnig erwähnt, die mit einer Eindringlichkeit, wie es bisher nicht geschah, die Gründe nachweist, die dazu führen mußten, daß zum erstenmal seitdem die deutsche Arbeiterklasse den bewußten Ausdruck ihrer politischen Existenz gefunden hat, sie in einer großen politischen Frage an der Seite der Gesamtheit des deutschen Volkes steht und mit bedingungsloser Entschiedenheit für die Verteidigung des Vaterlandes eintritt. Diese Betrachtungen Winnigs verdienen in Verbindung mit den politischen Konsequenzen die er daraus zieht, aufmerksame Würdigung eines jeden um die Zukunft des deutschen Reiches ernstlich Besorgten.

zen unseres Landes so lange schützen, bis der Frieden, der unsere Unabhängigkeit wahrhaftig abgeschlossen ist. Denn sobald unsere Gegner sehen, daß unsere Widerstandskraft erlahmt, werden sie nicht für einen solchen Frieden zu haben sein, sondern den Krieg weiter führen, um uns einen Frieden nach den Wünschen ihrer Großkapitalisten aufzuzwingen. Daher muß jeder ernsthafte Wille nach dem von uns zu erstrebenden Frieden verbunden sein mit dem unerschütterlichen Entschluß, unser Land und unsere Unabhängigkeit zu schützen.

Für unsere Genossen in Frankreich, Belgien und England stellt sich das Verhältnis zwischen dem von ihnen zu erstrebenden Frieden und der Fortführung des Krieges genau so dar. Sie haben, ebenso wie wir, die Pflicht, ihr Land und ihre Unabhängigkeit zu schützen. Deshalb mußten sie, als ihre Vertreter in London uns — wie die „Volksstimme“ anerkannt hat — die Bruderhand herüberstreckten, zugleich geloben, daß auch sie solange weiter kämpfen werden, bis sie gegen die Eroberungspläne ihrer Gegner geschützt sind.

Allerdings haben sie ihre „Bedingung“ in anderen Worten ausgedrückt. Sie wenden sich gegen den deutschen Imperialismus, gegen die deutschen Regierungen und brechen den letzten Entschluß aus, weiter zu kämpfen, bis der Sieg gewonnen ist. — Der Krieg hat eben seine eigene Sprache — nicht nur in Frankreich, Belgien und England, sondern bei allen Völkern, auch bei uns, auch bei vielen unserer Genossen. Wir dürfen uns aber durch die — Kriegssprache nicht über den tatsächlichen Inhalt der Londoner Erklärung täuschen lassen: und der tatsächliche Inhalt ist der Ruf nach einem baldigen heilsamen Frieden; er ist der Beweis, daß auch bei dem arbeitenden Volke in Frankreich, Belgien und England die Sehnsucht nach möglichst früherem Beendigung des furchtbaren Krieges immer allgemeiner und stärker geworden ist, daß die Stimmung im Lande bereits ganz anders ist, als es nach den trostlosen Worten der Parlamentarier und nach dem von der Zensur zurückgehaltene Inhalt der dazwischen liegenden Briefe den Anschein hat.

Diese Sehnsucht nach einem heilsamen Frieden, nach einem Frieden, der die Freiheit aller Völker zu sichern sucht: das muß für uns entscheidend sein und hierin müssen auch wir die Bedeutung des Londoner Beschlusses sehr hoch einschätzen.

Die Kriegsheer in Frankreich haben die große Bedeutung der Londoner Erklärung sofort erkannt. Zuerst verbreiteten sie einen solchen Bericht über die Beschlüsse in London, daß man daraus das Gegenteil von dem entnehmen mußte, was tatsächlich beschlossen worden war. Als aber die Wahrheit nicht mehr verheimlicht werden konnte, ließen sie einen gewaltigen Enttäuschungsdruck gegen unsere Genossen los. Und das aus sehr begreiflichen Gründen.

Selbstverständlich wissen auch in Frankreich die maßgebenden Kreise ganz genau, wie schlecht ihre Aussichten für ihren schon so oft angekündigten „glänzenden“ Sieg über die Deutschen sind. Wenn es den dortigen Kriegsheeren gelänge, unsere Genossen in Frankreich als die „Vaterlandsverräter“ hinzustellen und ihrer angeblichen „vaterlandsfeindlichen“ Haltung die Schuld daran zuschreiben, daß der „schon ganz sichere“ Sieg über Deutschland doch nicht möglich ist, dann können sie vielleicht die Wut des Volkes über die bittere Enttäuschung und die schrecklichen Folgen, die ihm der Krieg gebracht hat, von sich den wirklichen Schuldigen, abwälzen und dafür die Sozialdemokraten verantwortlich machen.

Daß sich unsere französischen Genossen gegen diese Gefahr wehren mußten, ist selbstverständlich. Sie ließen bei dieser Gelegenheit mehr oder weniger geschickt benommen haben, darüber steht uns, die wir sehr unmöglich die ganze Wahrheit erkennen können, kein Urteil zu. Noch weniger können wir die Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten worden sind, mit der Londoner Erklärung auf eine Stufe stellen, wie es die „Volksstimme“ in ihrem Leitartikel am letzten Samstag getan hat. Sie schreibt:

Die Londoner Erklärung könnte zur Andeutung einer Verständigung zwischen den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder führen, die Erklärung der französischen Regierung aber läßt nicht nur jedes Einsehen auf Reformen, die der Weltkrieg im Osten anbahnen soll, vermissen, sondern sie ist ein Bekenntnis zu Eroberungszielen.

Nach steht es so, daß die französische Regierung und in und mit ihr die Sozialisten sich zu Eroberungsplänen bekennen.“

Wie wir auch immer über die Einzelheiten dieser Auseinandersetzung denken mögen: aus dem Londoner Friedensbekenntnis spricht so deutlich die Stimmung der Arbeitermassen in Frankreich, Belgien und England, daß darüber kein Zweifel sein kann. Und diese Stimmung ist viel wichtiger als alle Reden und Beschlüsse der Minister und Abgeordneten. Gustav Sch.

Genosse Sch. hat insofern recht, als der am 17. Februar hier noch nicht bekannt gewordene Wortlaut der Londoner Resolution noch deutlicher, als der damals vorliegende Auszug jeden Eroberungskrieg zurückweist. Inzwischen ist aber ebenfalls markanter hervorgetreten, daß die anwesenden französischen Sozialisten nur widerstrebend in den Vorlaut willigten. Alles, was seitdem bekannt wurde, läßt erkennen, daß die führenden französischen Sozialisten im Herzen anders denken und in der Kammer haben sie auch anders gehandelt. Selbstverständlich kann nicht nur den deutschen Sozialisten, sondern ganz Deutschland hoch willkommen sein, wenn die französischen Arbeitermassen bald der sozialistischen Kammerfraktion und den sozialistischen Ministern eine andere Haltung nahelegen würden. Dazu gehört in erster Reihe, daß Baillant in der Chrétiendation der „Humanité“ abgelöst würde. Solange nicht deutlich erkennbare Zeichen eines Stimmungsumschwungs in Frankreich kommen, kann die deutsche Sozialdemokratie ihre Stellung nicht neu orientieren. Vorläufig ist's immer erst die politische und organisatorische nicht sehr einflussreiche französische Gewerkschaftszentrale, und in England eine rührige und tapfere Sozialistengruppe, die zum Frieden mahnen. Von belgischen Sozialisten, soweit sie überhaupt jetzt noch reden können, erfährt man, daß sie noch voll Angstin und gar nicht friedenswillig sind, und in England ist die erdrückende, die gewaltige Welle der Arbeiter durchaus anderer Sinnes als MacDonald und Genossen. Wir wünschen, der Schlussatz des hochschönen Artikels wäre richtig, aber wir müßten uns selbst täuschen, wollten wir daran glauben.

Die Volksstimmung in Italien.

Rom, 22. Febr. (D. D. B.). Gestern fanden hier Volksversammlungen der Neutralisten und Interventionisten statt. In Rom waren die Interventionisten in beiden Versammlun-

gen in der Mehrheit und verhinderten die offizielle Sozialdemokratie, die gegen den Krieg ist, gewaltig, ihre Versammlung zu Ende zu führen. In der Versammlung der Interventionisten konnte Corradini eine kriegsbegeisterte Rede halten. Auf der Straße fand dann noch ein Zusammenstoß mit Truppen statt, die mit aufgeflogtem Bajonett die Aufseher zerstreuten. In Mailand beteiligten sich etwa 5000 bis 6000 Personen an der Volksversammlung im Volkshaus, wo als erster Redner zu Gunsten der absoluten Neutralität Italiens der sozialistische Bürgermeister von Mailand Caldara auftrat. Eine Anzahl von störenden Interventionisten wurde gewaltig aus dem Saal entfernt. Eine Gruppe Interventionisten demonstrierte vor dem Rathaus. Mehrere von ihnen wurden verhaftet. Im Abend herrschte vollkommene Ruhe. In Turin und Venedig fanden ebenfalls sehr stark besuchte Volksversammlungen zu Gunsten der Neutralität Italiens statt, wobei Zusammenstöße mit störenden Interventionisten sich ereigneten. Die Aufseher wurden gewaltig entfernt.

Italienische Sozialisten über Deutschland.

Allmählich haben sich die Meinungen in Italien geklärt. Wenigstens in sozialistischen Kreisen bemüht man sich mit Erfolg um ein gerechtes Urteil über Deutschlands Kriegführung und die deutsche Sozialdemokratie. Gegen Genossen, die in ihrer Voreingenommenheit beharren, schrieb kürzlich der „Avanti“, das sozialdemokratische Zentralorgan:

Man ist zu dem Absurdum gekommen, daß dieselbe Waffentat, wenn sie von Deutschen ausgeführt wird, als eine Barbarei gilt, wenn aber der Gegner in Frage kommt, in sie eine Heldentat; eine Seeräuberei wird als ein glänzender „raid“ bezeichnet, wenn das Unterseeboot ein englisches ist. Man protestiert gegen die mörderischen Takte der Aviatiker und vergißt, daß sie von den Franzosen erfunden wurden.

Diese offensichtliche Parteilichkeit bedeutet, daß bei uns ein grausamer aggressiver Geist herrscht.

Weber für die Deutschen noch gegen die Deutschen soll unsere Parole sein!

Im selben Blatt las man am 12. Februar: „Es ist nicht wahr, daß die deutschen Sozialdemokraten ihre Abneigung gegen den Fortismus und die labile Annäherung von den kaiserlichen Proklamationen kopiert haben. Die ganze historische Tradition, die ganze Mentalität des deutschen Sozialismus sind von Entsetzen, von Haß gegen den Fortismus durchdrungen. Bebel, der alte, fast sterbende Bebel, hat noch während der kaiserlichen russisch-österreichischen Kriege im November 1912 klar und deutlich in Basel erklärt: „Gegen den Fortismus würde auch ich kämpfen, wenn ich noch eine Waffe halten könnte.“

Der Berliner Korrespondent des „Avanti“ schrieb am 11. Februar 1915 unter dem Titel: „Die Grausamkeiten der andern“:

Das einzelne Soldaten Wilhelm II. Brutalität und Barbareien begangen haben, wird niemand ohne weiteres bestreiten. Im Krieg erwacht wieder das Tier im Menschen. Der herrliche Infanterist wird sicher nicht menschlicher sein, als der französische Division, aber es wird hier nicht um die Individuen, sondern über die Kollektivität geredet. Es handelt sich nicht um die Barbaren, die von einem oder zwei Soldaten begangen sein können, sondern um solche, für die das ganze Kommando direkt oder indirekt verantwortlich gemacht wird. Die Anschuldigungen gegen die Deutschen sind zahlreich und immer, das ist aber zu verstehen, weil der Deutsche bis jetzt in Feindland gekämpft hat, nur er hat Gelegenheit aber fällt die Notwendigkeit, die Verwüstungen zu besuchen, die im Krieg unvermeidlich sind, doch ist das nicht auf Bandalismus oder Verwüstung zurückzuführen; geben wir keinen Vergleich mit der russischen Wildheit. Ich habe gesehen, was die Soldaten des Jaren in Chrenken getan haben, habe gehört von Mittern und Chrenken, wie sie unbewaffnete Männer, wehrlose Frauen und Kinder hinhinsetzten. Und es gibt auch Dokumente, die beweisen, was für ein Geist unter gewissen französischen Truppen herrscht. Wir Neutralen, wir Unparteiischen sollen nicht ohne weiteres glauben, was ein Gegner dem anderen vorwirft. Es gibt ein moralisches Element, welches zugunsten der deutschen Behauptungen spricht, das heißt, daß auf ihre Soldaten der ganze Haß der Besiegten ausgeschüttet wird. Und man muß nicht nur dem Haß der Besiegten, sondern dem der ganzen Welt Rechnung tragen. Wenn die Deutschen vorher unschuldig waren, so scheint jetzt die ganze Welt sie freizen zu wollen, kein Wunder also, daß man Deutschland gegenüber überreizt und scheltet erwidert.

Wir, die wir in Deutschland wohnen, wissen, wieviel Lügen und Verleumdungen, im Ausland gegen dieses Land verbreitet werden. Ich habe viele französische Verbündete gefragt, wie sie in Deutschland behandelt werden, alle haben mir immer die eine Antwort gegeben: „On ne pourra pas s'être mieux soigné.“ (Man könnte nicht besser gepflegt werden.)

Ein Artikel in derselben Nummer des italienischen Parteiorgans besagt:

Das Interventionen mit den Waffen, auch wenn es zu dem Zweck erfolgt, das Ende des Gemetzels herbeizuführen, bedeutet für die Sozialisten, daß sie auf die sozialistische Prüfung der Tatsachen verzichten. Es stimmt auch nicht, daß die Verantwortlichkeit nur auf der einen Seite zu finden ist. Der Militarismus mit seiner Schwach, der ökonomische Faktor, der unter idealistischer Tünche sich verdeckt, der Nationalismus, der das Faustrecht proklamiert für die Verbreitung der Kultur, die Diplomatie, die je schlauer und mächtiger sie ist, um so mehr Wert hat, sind keine Privilegien Deutschlands.

Norwegen und das ausländische Kapital.

Der norwegische Staatsrat beschloß über einen Gesetzentwurf über Wasserfälle, Bergwerke, Gruben und anderen Grundbesitz, der die Konzessionsbedingungen des Geistes vom 18. September 1900 wesentlich veränderte, besonders für Ausländer. Hinsichtlich der Wasserfälle wird zwischen den norwegischen Gesellschaften und solchen mit ausländischem Kapital unterschieden. Letztere sollen künftig nur unter besonderen Umständen die Konzession erhalten, wobei die größtmögliche Vorsicht anzutragen ist. Die Höchstdauer der Konzession wird auf 60 Jahre herabgesetzt, ausnahmsweise auf 70 Jahre, wenn das Störthorn zustimmt. Die frühere Mindestfrist ist weggefallen. Nach Ablauf der Frist fallen auch die Konzessionen mit Maschinen, Zubehör und Arbeiterwohnungen unentgeltlich an den Staat oder die Kommune.

Der größte Feind ist die Gleichgültigkeit der Massen! Helft die Gleichgültigen durch Verbreitung der „Volksstimme“ aufzurecken!

Preußisches Abgeordnetenhhaus.

Berlin, 22. Februar.

Am Ministertische: Dr. Delbrück, Loebell, Lenz und Schow. Präsident Graf Schwerin verliest unter lebhaftem Beifall die Meldung des Gesamtsergebnisses der Winterkassette in Rasuren; das Haus stimmt der Abweisung eines Glückwunschtelegrammes an den Kaiser zu. Das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Dr. Dietrich (Jentz.) wird in der üblichen Weise geehrt.

Zweite Lesung des Etats.

Etat des Staatsministeriums und Gesetzentwurf auf Bewilligung von 110 Millionen Staatsbeiträgen an die Gemeinden für die Kriegsfürsorge.

Abg. Gersch (kons.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen, soweit sie sich auf die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen bezogen. Alle Parteien haben sich von vaterländischer Pflichterfüllung leiten lassen, die wohlgeordnet ist, eine Welt von Feinden zu begreifen. (Beifall.) Wir sind nun auch im wirtschaftlichen Kampfe zum Siege. Da die Ernteerträge zu gering waren, mußte eine sorgsame Bestandsaufnahme stattfinden. Redner wünscht höhere Entschädigungspreise für Futter, da die jetzigen „an Vermögenskonfiskation grenzen“. In die Verwaltung der Kriegs-Gesellschaft müßten mehr Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse. Die Behandlung der Klein in den Bundesratsverordnungen bedrohe das Müllergewerbe. Einmütig hat die Kommission eine Sicherung gegen preisdiebstahlartige Umgehungen der Höchstpreise gefordert. Gegen Verschwendung von Kartoffeln muß eingeschritten werden. Ihre Beschlagnahme sei aber aus technischen Gründen (?) nicht durchführbar. Die Schlichtung der Schweinebestände dürfte nicht bis zur Vernichtung dieses wertvollen Bestandes gehen. Mit Worten der Anerkennung für die Kriegsarbeit von Handel und Industrie und für die Politik der Reichsbank schließt der Redner.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Delbrück: Die Regierung war bestrebt, alle Aufgaben zu erfüllen. Beim Ausbruch des Krieges war unser ganzes Wirtschaftsleben stillgestellt, der Verkehr stockte für die Dauer der Mobilmachung im Innern; der Verkehr mit dem Ausland war — wie auch teilweise noch bis heute — aufgegeben. Wir standen vor der schwierigen Aufgabe, unser wirtschaftliches Leben neu zu beleben, der Entwicklung von Handel und Industrie neue Bahnen zu schaffen und unsere Volkswirtschaft auf Kriegsfuß zu bringen. Unsere Geld- und Kreditverhältnisse haben die Schärfe der ersten Kriegswochen überstanden und bieten eine Grundlage für die finanzielle Seite der Kriegsführung, wie wir sie besser nicht erhoffen konnten. Der

Arbeitsmarkt.

der sich nach Ausbruch des Krieges in einer völligen Verwirrung befand, bietet heute ein erfreuliches Bild, als zur Zeit des Friedens in derselben Jahreszeit. Die Lage der großen Masse des Volkes ist demnach geblieben von den Kollapsen, die sonst mit einem solchen gewaltigen Kriege verbunden zu sein pflegen. Dazu hat beigetragen eine umfassende

Kriegsfürsorge

der Bundesstaaten und der Kommunen, Wissenschaft und Technik, Handel und Industrie sind unabhängig tätig gewesen, neue Formen unserer Kriegswirtschaftlichen Betätigung zu erfinden, neue Methoden der Arbeit, wie sie der Krieg erfordert, auszuprobieren, neue Betriebsmittel an Stelle fehlender zu erproben und unserer Industrie, ebenso wie unserer unmittelbaren kriegerischen Rüstung nutzbar zu machen. Es ist erwähnt worden, welche Schritte die Regierung getan habe, dem in mancher Beziehung drohenden

Wohlfahrtsmangel

zu begegnen, teils durch Organisation der Verwendung der vorhandenen Stoffe, teils zur Erleichterung der Einfuhr aus dem Ausland. Hier ist es nicht immer gelungen, das erstrebte Ziel zu erreichen, und wir werden alle Anstrengungen beachten. Ich glaube aber, daß man auf diesem Gebiete in großen und ganzen zufrieden sein kann mit dem, was wir erreicht haben. Wir können dieses Kapitel nicht schließen, ohne unseren Dank auszusprechen für das, was Handel und Industrie, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in unerschütterlicher, nie rastenden Streben auf diesem Gebiete geleistet haben. Die schwierigste Aufgabe vor allem war es, mit den vorhandenen

Nahrungs- und Futtermitteln

so handzuhalten, daß der gesamten Bevölkerung für die Dauer des Krieges eine ausreichende Ernährung zu erträglichen Preisen sichergestellt werde, eine Aufgabe, die zu lösen war, wenn nicht gleichzeitig die Notwendigkeit bestanden hätte, für die knappen Futtermittel Regelung und Erzeugung zu schaffen. Wir müßten nicht nur darauf bedacht sein, das Volk mit Brot zu versehen, wir müßten auch für die Fleischernährung für eine lange Dauer des Krieges sorgen und die Landwirtschaft in der Lage erhalten, im nächsten Frühjahr eine Vorratung zustande zu bringen, die nicht nur dem Heere und dem Volke die Ernährung sichert, sondern auch die Aufrechterhaltung normaler Verhältnisse für ein zweites Kriegsjahr sichergestellt.

Es ist eine ausgiebige Kritik an den Maßnahmen der Regierung geübt worden. Ich kann nur versichern, daß es die Regierung mit Dank empfindet, daß sie sich

mit der Volkvertretung hat aussprechen können.

daß ihr ein Teil der schweren Verantwortung abgenommen worden ist. Wir werden bestrebt sein, die Anregungen, die uns zum Teil geworden sind, in die Praxis umzusetzen. Gelingt uns diese Aufgabe, so wird das der größte Erfolg sein, der Ihren Beschlüssen werden kann.

Ich kann aber auch nicht unausgesprochen lassen, daß die Maßnahmen, die die Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete getroffen hat,

nicht immer und überall das Verständnis und die Förderung im Lande gefunden haben, die der Ernst der Lage erfordert. Der Krieg, den wir jetzt führen, ist absolut verschieden von den Kriegen, die wir in früheren Jahrhunderten geführt haben. Die Art, wie England diesen Krieg zu einem Ausdauerungskrieg geistig hat, hat ihn gestaltet zu einem Krieg Mann gegen Mann und Volk gegen Volk, zu einem Krieg, wo jeder ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes verpflichtet ist, ob drinnen oder draußen, ob Krieger oder ohne Waffe, alle seine Kräfte in den Dienst des Krieges zu stellen. (Beifall.) Unsere Nichtschwar muß für jeden sein: Was schadet unseren Feinden, und was nützt unserem Vaterlande? (Beifall.) Dann wird unser Sieg nicht entzogen werden in diesem Krieg, und wenn eine Welt gegen uns in Waffen steht. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Seidlitz (freikons.) berichtet über die Kriegsfürsorge und empfiehlt Annahme des 110-Millionen-Gesetzes.

Abg. Dr. Friedberg (nass.) erklärt namens aller bürgerlichen Parteien, in diesem Gesetz die Erfüllung einer Ehrenpflicht des Staates zu sehen, die auch eine Beruhigung für unsere Tapferen draussen im Felde sein wird. Großer Dank gebührt unseren Gemeinden für das, was sie tun. (Beifall.)

Abg. Girsch (Soz.): Auch wir stimmen der Vorlage zu, wir hoffen sogar, daß die Staatsregierung, wenn die Notwendigkeit vorliegt, noch weitere Mittel für die Kriegsfürsorge fordern wird. Wir erkennen durchaus an, daß die Staatsbeiträge nicht auf eine bestimmte Art der Kriegsfürsorge beschränkt sind und daß dem Begriff „Ausgaben für Kriegswohlfahrtszwecke“ eine ziemlich weite Auslegung

gegeben werden muß. Nach dem Gesetzentwurf wird den Ratsab für die Bemessung der Beiträge sowohl die Leistungsfähigkeit der

Gemeinden, als auch die Höhe ihrer Leistungen geben. Wir halten an diesem Grundsatz fest, gegenüber einem Redner in der Kommission, der nicht die Leistungen zum Maßstab nehmen wollte, so daß gerade diejenigen Städte, die auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge Hervorragendes geleistet haben, nicht berücksichtigt würden. Wir rechnen darauf, daß auch Berlin nicht mit einem anderen Ratsab gemessen wird, als andere Gemeinden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kriegsfürsorge selbst läßt viel zu wünschen übrig. Schuld daran sind das Reichsgesetz, die mangelnde soziale Einsicht mancher Gemeindeverwaltungen und die Armut einer Reihe von Gemeinden. Die im Reichsgesetz vorgesehenen Sätze für die Unterstützung der Frauen und Kinder sind viel zu niedrig und auch die Novelle vom 4. August 1914 nähert sie noch nicht entfernt an die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung an. Gerade auf dem Gebiet der

Nahrungsmittelfürsorge

hat die Regierung nicht das getan, was die Bevölkerung verlangt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das von meiner Partei in Verbindung mit den Gewerkschaften der Regierung bald nach Beginn des Krieges überreichte ausführliche Programm der notwendigen Maßnahmen in Produktion und Konsum ist leider nicht durchgeführt worden, sehr zum Schaden der Bevölkerung. Jetzt sehen wir, daß die Preise nicht nur für Brot, sondern auch für seine Ersatzstoffe gewaltig gestiegen sind. Die Höchstpreise sind viel zu hoch und dazu kommt, daß das augenblicklich wichtigste Nahrungsmittel, die Kartoffeln, vielfach künstlich zurückgehalten werden. Von der Schuld daran sind weder die Händler, noch die Produzenten freizusprechen. Jedenfalls müssen große Schichten des Volkes einsteilen auf den Genus der Kartoffeln verzichten, entweder weil keine zu haben, oder weil die Preise zu hoch sind. Hier muß die Regierung energig eingreifen. Rät sich die Beschlagnahme nicht durchführen, dann muß wenigstens der Anzeig- und Verkaufsweg eingeführt (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und auch Höchstpreise für Schweinefleisch festgesetzt werden, damit die Landwirte keinen Anreiz mehr haben, noch weitere Kartoffeln zu verfüttern. Die Regierung muß sich ihrer schweren Verantwortung voll bewußt sein, und ich darf wohl erwarten, daß sie endlich das Richtige tut; an Anregungen hat es nicht gefehlt. Das Reichsgesetz zieht auch den

Kreis der zu unterstützenden Personen viel zu eng.

Deshalb hat die preussische Regierung selbst in einer Reihe anerkannter Erträge Abhilfe zu schaffen gesucht und die Unterstützung auf die Ehefrauen von aktiven Militärpersonen auf Stiefkinder und auf geschiedene Frauen, soweit sie von dem eingezogenen Ehemann unterhalten werden müßten, ausgedehnt. Da aber manche Behörden sich nur an das Gesetz und nicht an die Erfolge halten, ist es dringend nötig, daß diese Ausdehnung zu einem Reichsgesetz gemacht werde. Notwendig wäre weiter, daß auch unverheiratete Kriegsteilnehmer einen gewissen Schutz erhalten und daß durch Mietbeihilfen kleine Handwerker und Kaufleute, die eingezogen wurden, davor bewahrt werden, ihre aus ihren Erbschaften errichteten Geschäfte aufgeben zu müssen. Leider müssen die Gemeinden jetzt derartige Gesuche ablehnen. Trotzdem die Regierung den Begriff der Bedürftigkeit mehrfach dargelegt hat, wird er von einer Reihe von Behörden so ausgelegt, daß die Bedürftigkeit nur dort gegeben sei, wo die Betroffenen bereits der Armenpflege anheim gefallen wären, und daß die Bedürftigkeit namentlich dort nicht vorhanden sei, wo etwa die Frau noch ein kleines Vermögen besitzt. Das ist natürlich nicht der Maßstab, der angelegt werden darf. Man kann nicht warten, bis die Familie das Letzte veräußert hat, sondern muß sie davor schützen, daß sie in Not gerät. Wir hoffen, daß die Regierung auch hier eingreift. Was die Art der

Auslässe für die Reichsmittelbehörde

betrifft, so würde es sich empfehlen, nach dem Ruster des Reichsgesetzes vom 10. Mai 1892 betreffend Familienunterstützungen bei Einziehung in Kriegsgefangenen der Ehefrau 30 Prozent und jedem Kinde 10 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes zu gewähren. Gegen die

Mietzuschüsse

läßt sich da, wo sie wirklich als Zuschüsse zu den Unterhaltungen gegeben werden, natürlich nichts einwenden. Scharfer Tadel aber verdient es, wenn man von der ohnehin schon knapp bemessenen Unterstützung einen Teil abzieht und an den Wirt abführt. (Sehr richtig!) Die Unterstützung für den Hauswirt darf der Unterhaltung für die Familie der Kriegsteilnehmer auf keinen Fall vorzuziehen. Der Schutz gegen Emissionen geht nicht weit genug. Die Zwangsversteigerung aus einem auf Räumung der Wohnung lautenden Urteil gegen die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers hat der Justizminister zwar für unzulässig erklärt. Das genügt aber nicht, es sollte eine Verfügung ergehen, wonach auch bereits die Klagen auf Räumung abzuweisen sind. Ebenso ist es notwendig, Angehörige inaktiver Truppenteile, Witwen von Kriegsteilnehmern und solche Krieger zu schützen, die als Invaliden oder Krüppel zurückkehren. Die Notlage des Hausbesitzes läßt sich nicht bestreiten; aber es geht nicht an, dem Verlangen der Hausbesitzer zu folgen und sie unmittelbar aus Mitteln des Staates oder der Gemeinden zu unterstützen. Die Hausbesitzer müssen vielmehr den Weg der Selbsthilfe beschreiten, sei es in Form der Gründung von Mietsvereinen, sei es in Form der Gründung von Hypothekenkassen für zweifelhafte Hypotheken. Die Mietsvereine sollten obligatorisch gemacht und eine Räumungsklage erst dann für zulässig erklärt werden, wenn die Parteien vor dem Mietsvereinsamt zu keinem Resultat gekommen sind. (Sehr richtig!) Die Verfuße auf dem Gebiete der

Arbeitslosenunterstützung

stehen erst in den Anfängen. Es läßt sich nicht leugnen, daß auch Kriegsfürsorge zu verzeichnen sind, die den Widerstand der Gegner nur bestärken. Diese Mißerfolge sind aber nicht zurückzuführen auf die Unterhaltung an sich, sondern auf die mangelnde Organisation. Wo das Gesetz System eingeführt ist, sind Mißerfolge nicht zu verzeichnen gewesen. Funktionieren kann die Arbeitslosenunterstützung nur in Verbindung mit gut ausgebauten Arbeitsnachweisen, deren gezielte Regelung eine gebotene Notwendigkeit ist. (Sehr richtig!) Innerhalb ist es, daß manche Gemeinden die Unterhaltung entziehen, wenn Gewerkschaften sich weigern, „geeignete“ Arbeit zu übernehmen, und sie dadurch zwingen, sich zu Ausbeutungsobjekten herzugeben und zu Hungerlöhnen zu arbeiten. (Beifall.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung ist um so notwendiger, weil nach Beendigung des Krieges, wenn die Hunderttausende aus dem Felde zurückkehren, mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Die Gemeinden werden inzwischen wohl selbst eingesehen haben, ein wie schwerer Fehler es war, alle sozialdemokratischen Anregungen als utopisch zurückzuweisen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir dürfen niemals vergessen, daß eine wohlausgebaute Kriegsfürsorge für den

glücklichen Ausgang des schweren Krieges,

auf den wir alle mit Bestimmtheit rechnen, von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Der Minister hat immer wieder die Notwendigkeit betont, den den Angehörigen der im Felde Stehenden alles fernzuhalten, was niederdrückende Empfindungen in ihnen auszulösen geeignet ist. Solche niederdrückenden Empfindungen werden aber leider auch heute noch den ministeriellen Intentionen zum Trotz häufig genug ausgelöst. Meine Freunde erkennen nicht, daß in Preußen auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge in engerem Sinne mehr geleistet ist, als in anderen Bundesstaaten; aber daß die Regierung und die Gemeinden nicht veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen. Mein, die Kriegsfürsorge ist ein Gebiet, auf dem es keinen Stillstand geben darf, das fortgesetzt des Ausbaus bedarf, bis auch der letzte Angehörige eines Kriegsteilnehmers vor Not und der Kriegsteilnehmer selbst noch seiner Rückkehr aus dem Felde vor dem Sinken in Armut bewahrt ist. (Beifall.)

Damit schließt die Besprechung. Das Gesetz über die Beihilfen zur Kriegsfürsorge wird angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: Fortsetzung der Besprechung des Etats des Staatsministeriums; Nebenere Staats.

Feldpost.

Wilhelm, 2. J. Königsberg. Auch für Sie gilt, was wir schon wiederholt betont haben: Geben Sie uns eine Adresse wo wir uns hier hinwenden können. Bei der Bestellung haben Sie nur Ihre Feldadresse angegeben, da bleibt uns nichts anderes übrig, als diese zu benutzen.

Freund-Mein: Am besten Sie kommen, wenn Sie mal in Frankfurt sind, hier vorbei, dann erlebte sich das in wenigen Minuten. Zurückkommen wegen mangelhafter Adresse: Clemens Niet — Lorenz Ved, Eberswalde — Landwehrmann Rauch — Otto Berner, Frau Oberle. Die Wohnung sollte eigentlich an Sie gehen. Wenn Sie herkommen, dann reden wir einmal darüber. Ihrem Mann werden wir Beifall geben.

Glücksel und Graf Elbe: Ihre Zeitung kostet Porto. Teilen Sie uns mit, ob Sie die Sendung trotzdem weiter haben wollen. Porto kostet monatlich 85 Pfg.

Neues aus aller Welt.

Weiberluxus in großer Zeit. Im Inzeratenteil Berliner Blätter, die vorn über hohe Brot- und Kartoffelpreise klagen, finden wir folgende Anzeige:

Das Seiden- und Modellhaus für Damenmoden Adolf Grieder & Co., Zürich wird ab 25. Februar im Hotel Kaiserhof am Wilhelmplatz in Berlin eine

Große Modellausstellung ihrer Frühjahrs- und Sommerneuheiten veranstalten. Adolf Grieder & Co. steht mit den Hauptzentren der Mode in enger Fühlung und bringt Originalmodelle sowie Kopien der neuesten Schöpfungen für Straßen-, Nachmittags- und Gesellschaftskleider und Mäntel. Modelle von 300 Mark an. Eintrittskarten à 100 Mark per Person sind im Hotel Kaiserhof erhältlich. Das Eintrittsgeld wird auf der Faktura über geleistete Modelle in Abzug gebracht. Die Ausstellung ist jedermann zugänglich.

So ist dafür gesorgt, daß die Verhältnisse der Kriegslieferanten in der großen Zeit deutscher Opferwilligkeit der standesgemäßen Bekleidung nach neuester Pariser Mode nicht entbehren müssen!

Zur gest. Beachtung!

Die Postabonnements müssen jetzt unverzüglich aufgegeben werden, damit in der Zustellung keine Verzögerung eintritt. Insbesondere wollen alle Vertrauensleute und Träger in den neugewonnenen Orten diese Mahnung beachten.

Vom Tage der Bestellung bei der Post bis zur Lieferung der Zeitung vergehen meist 3—4 Tage weil die Post diese Zeit zu den Meldungen in den einzelnen Orten benötigt Die Expedition.

Die Zarengeißel

Sturmjahre aus hundert Jahren

Herausgegeben von Dr. Franz Diederich

In festem Umschlag geheftet

Preis 50 Pfennig

Das Thema dieses Buches ist der Kampf gegen den Zarenismus, der Rußland blutig knechtet und Europa barbarisch bedrückt. Die Zarengeißel ist ein Kampfbuch voll Unerschrockenheit. Aus dem Sturm der gegenwärtigen Kriegswochen ist es herborgetragenen.

Buchhandlung Volksstimme

Frankfurt a. M. Großer Hirschgraben 17

Vom Kriegsministerium

durch besonderen Erlass empfohlen!

Tornister-Wörterbücher

für den praktischen Gebrauch der Truppen im Felde

Herausgeg. unter Mitarbeit von Offizieren des Grossen Generalstabs

Mit genauer Aussprache-Bezeichnung nach der

Methode Toussaint-Langenscheidt

zufolge Erlaubnis der Langenscheidtschen Verlagsbuchhandlung

(Prof. G. Langenscheidt)

Französisch (191 Seiten)

Russisch (191 Seiten)

Klein-Oktav-Format. Einband aus abwaschbarem Leinen.

Preis jedes Bandes 60 Pfg., nach Auswärts 10 Pfg. Porto.

Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M.

Eriedrich Stolke - Auswahl!

In Frankfurter Mundart. — Preis gebd. Mk. 3.—

Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M.